

Protokoll Nr. 19 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“ des Beirats Vahr am 27.09.2022 in der Aula der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee

Beginn: 18:03 Uhr Ende: 20:35 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Fachausschuss Dr. Tim Haga
 Oliver Saake
 Jörg Schoolmann
 Bernd Siegel
 Dennis Waschitzek
 Helmut Weigelt (i.V. für Anja von Hagen)

- b) als beratende Fachausschussmitglieder
 Jens Emigholz

- c) vom Ortsamt Sarai Auras
 Ralf Möller

- d) vom Beirat Niclas Strothotte (Umweltbetrieb Bremen (UBB)) (zu TOP 1)
 Ali Erkün, Heike Reiche (Amt für Straßen und Verkehr (ASV)) (zu TOP 2 und 3)
 Harald Bethke (Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS)) (zu TOP 4)

Die Protokolle Nr. 17 und Nr. 18 (nicht öffentliche Sitzung) der Fachausschusssitzungen vom 20.06.2022 und 13.07.2022 werden genehmigt.

Herr Dr. Haga bittet darum, als weiteren TOP das Thema „Kreuzung an der Kurt-Schumacher-Allee“ mit aufzunehmen. Die Tagesordnung wird mit dieser Ergänzung genehmigt.

TOP 1: Baumfälllisten und -ersatzpflanzungen des UBB, Saison 2022/ 2023

Niclas Strothotte stellt sich eingangs als neuer Leiter des Referats „Grünflächenunterhaltung“ beim UBB vor: Er sei seit dem 01.04.2022 beim UBB beschäftigt und für den Grünflächenerhalt und die Grünflächenpflege im Bereich Bremen Nord-Ost zuständig.

Herr Strothotte stellt sodann die geplanten Baumfällungen, ohne bereits durchgeführte Sommerfällungen, für die Saison 2022/ 2023 vor. Insgesamt handele es sich dabei um 226 Bäume, darunter 192 in Park- und Grünanlagen.¹ Zum Ablauf erläutert er, dass Baumkontrolleure Fällempfehlungen aussprechen und ggfs. anschließend eine weitere Person eine zweite Kontrolle vorgehen. Der Bezirksmeister für Bäume treffe gemeinsam mit ihm die Entscheidung für eine Fällung. Die Baumfällungen würden im Grünkataster festgehalten. Teilweise handele es sich bei gefälltten Bäumen um Wildwuchs, der das Wachstum anderer Bäume beeinträchtigen habe. Durch die Fällung solle somit den umliegenden, größeren Bäumen die Chance einer besseren Entwicklung ermöglicht werden. Ein Sicherheitsrisiko bestehe oftmals an häufig genutzten Wegen durch Bäume, die viel Totholz aufwiesen.

Bei den gefälltten Straßenbäumen handele es sich um fünf Bäume in der Karl-Kautsky-Straße, einen in der Paul-Singer-Straße und einen in der Richard-Boljahn-Allee.

In der Vahr seien für die Saison 2022/ 2023 13 Nachpflanzungen vorgesehen, der Großteil davon

¹ Die Übersichtsliste ist dem Protokoll als **Anlage 1a** angefügt.

in der August-Bebel-Allee, Stauffenbergstraße und Vahrer Straße.²

Auf Nachfragen antwortet Herr Strothotte wie folgt:

- Die Anzahl der in der letzten Saison nachgepflanzten Straßenbäume und Bäume in Parkanlagen könne er nicht benennen, werde er aber nachreichen.
- Die 13 vorgesehenen Nachpflanzungen bezögen sich auf Straßenbäume. In Parkanlagen seien momentan aufgrund fehlender finanzieller Mittel keine Nachpflanzungen vorgesehen.
- Es gebe kein reines Budget für Pflanzungen. Im Falle von Baumaßnahmen würden Ersatzpflanzungen vorgenommen. Das Budget sei zurzeit sehr knapp, da viele Mittel für die Beseitigung der Sturmschäden habe verwendet werden müssen. Sie befänden sich mit SKUMS in Verhandlung, um zusätzliche Mittel zu erhalten.
- Grundsätzlich seien ehemalige Baumstandorte für Nachpflanzungen geeignet, sofern sie nicht aus „Konkurrenzgründen“ zu benachbarten Bäume gefällt worden seien.
- Die Baumstümpfe würden zunächst nicht entfernt, da es zwei verschiedene Ausschreibungen gebe, einmal für die Fällungen und einmal für die Nachpflanzungen. Die Nachpflanzungen erfolgten in der Regel im Folgejahr – in diesem Zuge würden die Baumstümpfe entfernt.
- Die Baumkontrolleure wüssten, welche Bäume in das Baumkataster aufgenommen würden. Bei Wildwuchs hänge dies von der Baumart ab. Eine konkrete Höhe sei nicht ausschlaggebend für die Aufnahme in das Kataster.
- Im Rahmen des Handlungskonzepts „Stadtbäume“ sei u.a. die Verbesserung von Baumscheiben vorgesehen. Aus dem hierfür zur Verfügung stehenden Budget habe er 10.000 € für die Baumscheiben in der August-Bebel-Allee eingeplant. Nach Möglichkeit sollten Entsiegelungen vorgenommen werden – das vorhandene Budget reiche jedoch nicht für alle Bäume aus.

Herr Möller weist darauf hin, dass in der vom UBB zur Verfügung gestellten Fällliste Informationen zur Baumgröße fehlten und bittet Herrn Strothotte darum, diese nachzureichen und künftig mit der Fällliste bereitzustellen.

Herr Saake merkt an, dass die swb AG im Zuge des Fernwärmetrassenbaus nicht alle erforderlichen Nachpflanzungen innerhalb des Stadtteils vorgenommen habe und schlägt vor, die swb darum zu bitten, weitere Nachpflanzungen in Park-/ Grünanlagen der Vahr vorzunehmen, da dort viele Bäume gefällt, aber keine Nachpflanzungen vorgesehen seien.

Herr Möller bittet diesbezüglich Herrn Strothotte zunächst um eine Auflistung, welche der aufgeführten Fällstandorte für Nachpflanzungen in Betracht kämen.

TOP 2: Radwegsanierungen in der Vahr

Frau Reiche stellt sich zunächst als neue Leiterin der Abteilung 4 „Straßenerhaltung“ beim ASV vor: Seit dem 01.02.2022 leite Sie nun diese Abteilung. Zuvor sei sie beim ASV Leiterin der Abteilung 2 „Entwurf und Neubau von Straßen“ gewesen.

Ralf Möller berichtet einleitend, dass dieser Fachausschuss am 02.11.2021 für die Rad- und Fußwegesanierungen in der Vahr für 2022 Prioritäten festgelegt habe.³

Frau Reiche erklärt, dass das ihnen zur Verfügung stehende Budget für Sanierungen absolut nicht auskömmlich sei und sich diese Problematik angesichts stark gestiegener Preise noch verschärft habe. Daher könnten nicht alle vorgeschlagenen Sanierungsabschnitte berücksichtigt werden. Ob die Mittel für Erhaltungsmaßnahmen noch aufgestockt werden könnten, sei derzeit in Klärung. Für das nächste Jahr sei wieder vorgesehen, gemeinsam mit den Beiräten Prioritäten für Rad- und Fußwegesanierungen festzulegen.

Herr Erkün, der die Prüfungen von Straßen bzw. Wegen vornehme, stimmt zu, dass an den ge-

² Eine Auflistung der vorgesehenen Nachpflanzungen ist dem Protokoll als **Anlage 1b** angefügt.

³ Siehe [Protokoll Nr. 12](#) mit den dazugehörigen Anlagen 1 [Radwegsanierungen 2022](#) und 2 [Fußwegesanierungen 2022](#).

nannten Örtlichkeiten Sanierungen erforderlich seien, aber die Verkehrssicherheit noch gegeben sei. Es fehle schlichtweg an Mitteln. Dem ASV stünden keine eigenen Mitarbeiter*innen für Sanierungs-/ Ausbesserungstätigkeiten zur Verfügung und es müsse stets eine Firma beauftragt werden.

Zur Liste der vorgeschlagenen Radwegesanierungen führt Herr Erkün aus, dass in der August-Bebel-Allee Teile des geklinkerten Radweges durch Asphalt ersetzt worden seien. Die Bereiche der Geschwister-Scholl-Straße und Stauffenbergstraße seien aufgrund von Baumaßnahmen der swb zurzeit nicht zugänglich. Eine Sanierung in der Julius-Brecht-Allee im Bereich des Kleingartengebiets sei bereits begonnen worden. Auch in der Karl-Kautsky-Straße seien Ausbesserungen erfolgt, aber es gebe immer erneute Schäden, da der Untergrund durch einen Rattenbefall unterhöhlt sei. Für den Neuenweg sehe er auch Handlungsbedarf; für diesen Bereich sei er jedoch nicht zuständig.

Herr Siegel fügt hinzu, dass zudem Teile der Geschwister-Scholl-Straße, die bereits 2021 auf der Prioritätenliste aufgeführt gewesen seien, noch nicht umgesetzt worden seien. Er könne nicht nachvollziehen, warum in der Vahr in dem ersten dreiviertel Jahr keine Maßnahmen umgesetzt worden seien, in anderen Stadtteilen jedoch schon. In der Julius-Brecht-Allee seien lediglich gut 250 Meter Radweg saniert worden und auch Fußwegesanierungen seien in der Vahr ausgeblieben.

Herr Erkün betont, dass in diesem Jahr sehr wohl viele kleinteilige Ausbesserungsarbeiten durchgeführt worden seien, wie in der Stellichter Straße, Schneverdinger Straße oder Kurt-Schumacher-Allee. Zudem weist Herr Erkün darauf hin, dass die ihnen zugewiesenen Mittel nicht für Radpremiumrouten und nicht benutzungspflichtige Radwege verwendet würden.

Frau Reiche erklärt, dass die Mittel den Erhaltungsabteilungen nach Straßenkilometern zugeteilt würden. Die erste Priorität liege in der Herstellung der Verkehrssicherheit, sodass dafür bereits viele Mittel benötigt würden. Ggfs. könnten noch weitere Mittel eingeworben werden. Ob es ein im Haushaltsplan zugewiesenes Radwegebudget für Sanierungen gebe, müsse sie prüfen.

Herr Weigelt bittet das ASV um die Bereitstellung der Mittelverteilung auf die Stadtteile. Frau Reiche weist darauf hin, dass alle Bezirke nicht über ausreichend Mittel verfügten. Die Gelder würden z.B. auch für verkehrssichernde Maßnahmen und nicht nur für Radwege verwendet. Sie könne zu Jahresbeginn nicht sagen, wie viele Mittel für welche Maßnahmen verwendet würden. Sie halte es nicht für sinnvoll, dem Beirat hinterher eine Auflistung zur Verfügung zu stellen, da dieser nichts mit den vorhandenen Daten anfangen könne.

Herr Dr. Haga verweist auf das Informationsfreiheitsgesetz und das Auskunftsrecht des Beirats. Es solle dem Beirat überlassen werden, ob sie etwas mit Daten anfangen könnten.

Von Seiten des ADFC wird angemerkt, dass die Prioritätenliste für sanierungsbedürftige Radwege in der Vergangenheit im Abstimmungsprozess zwischen dem ASV, Beirat und ADFC erstellt worden sei und diese Vorgehensweise sehr gut und vertrauensvoll funktioniert habe. Dabei sei im Vorfeld mitgeteilt worden, wie viel Meter Radwege in etwa saniert werden könnten. Leider habe er feststellen müssen, dass Örtlichkeiten saniert worden seien, die seines Erachtens noch in Ordnung gewesen seien, wie der Bereich der Haltestelle Schneverdinger Straße.

TOP 3: Bordsteinabsenkungen/ Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit

Ralf Möller berichtet einleitend, dass in den letzten Wochen von den neun an das ASV beauftragten Bordsteinabsenkungen sieben Bordsteinabsenkungen vorgenommen worden seien.⁴ In der Wilhelm-Liebknecht-Straße seien zwei Bordsteinabsenkungen zurückgestellt worden, da das ASV deutlich höhere Kosten erwarte, da die Fahrbahn und Rinne angepasst werden müssten.

Herr Erkün und Frau Reiche teilen mit, dass zudem noch rechtlich geklärt werden müsse, ob dort Bordsteinabsenkungen vorgenommen werden dürften, da sich dort Feuerwehrezufahrten befänden. Das Ergebnis werde dann dem Ortsamt mitgeteilt.

⁴ Diese Maßnahme wurde laut Beiratsbeschluss mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget beschlossen, siehe [Protokoll Nr. 15](#) der Sitzung am 16.03.2022.

Herr Saake betont, dass die Herstellung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum eigentlich Aufgabe der Stadt sein müsse. Soweit es gehe, nehme der Beirat dennoch eine Finanzierung aus seinem Stadtteilbudget vor. Er bittet das ASV um eine schnelle rechtliche Klärung bzgl. der Absenkung im Bereich der Feuerzufahrt.

Zu der bereits durchgeführten Bordsteinabsenkung in der Philipp-Scheidemann-Straße kritisiert Herr Siegel, dass etwa sechs bis sieben Meter abgesenkt worden seien, statt – wie üblich – 1,20 bis 1,50 Meter. Ständig parkten Autos auf dem abgesenkten Bereich, da dieser aufgrund seiner Breite nicht als Querungsmöglichkeit wahrgenommen werde.

Herr Erkün werde diesen Fall prüfen und dem Ortsamt eine Antwort zukommen lassen.

Weiter teilt Herr Siegel mit, dass das ASV zur Sicherung von Sichtbeziehungen in dem Kurvenbereich Carl-Goerdeler-Straße/ Graf-Sponeck-Straße den Einbau einer Bake vorgeschlagen habe, da eine Markierung auf der Kleinpflasterung nicht halte.

Herr Saake schlägt stattdessen vor, dort Fahrradbügel aufstellen zu lassen.

Gemäß Frau Reiche sei auch die Anbringung von Fahrradbügeln grundsätzlich möglich. Ein entsprechender Antrag an das ASV könne gestellt werden.

Herr Saake stellt folgenden Antrag: Der Beirat beauftragt das ASV mit der Anbringung von drei Fahrrad-Einfachbügeln im Kurvenbereich der Carl-Goerdeler-Straße/ Graf-Sponeck-Straße, um das widerrechtliche Parken dort zu unterbinden und die Sichtbeziehungen zu gewährleisten. Das ASV möge prüfen, ob einer dieser Fahrradbügel für Lastenräder genutzt und gekennzeichnet werden kann.

Herr Möller lässt über diesen Antrag abstimmen: Der Fachausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Herr Möller berichtet, dass die Polizei vorgeschlagen habe, an der Ecke August-Bebel-Allee/ Otto-Braun-Straße Holzpoller anbringen zu lassen, um dort das widerrechtliche Parken zu unterbinden und die Sichtbeziehungen zu gewährleisten.

Herr Saake spricht sich anstelle von Pollern für eine Entsiegelung dieser Fläche aus.

Der Fachausschuss kommt überein, dass das Gremium die Örtlichkeit zunächst in Augenschein nimmt und diesen Punkt bis dahin zurückstellt.

Herr Siegel weist darauf hin, dass vor der Berliner Freiheit im Bereich der Bushaltestelle der Linie 29 eine Sitzbank vom ASV entfernt worden seien und er von Anwohner*innen verzweifelte Anrufe erhalte, wann diese ersetzt werde.

Wie Herr Erkün dazu mitteilt, habe das ASV eine Polizeimeldung erhalten, dass die Bank im Zuge eines Verkehrsunfalls aus ihrer Verankerung gerissen worden sei und diese daher vom ASV habe abgeräumt werden müssen. Ihm sei nicht bekannt, wer die Bank damals aufgestellt habe – das ASV stelle keine Bänke auf, sondern gestatte nur die Aufstellung der Bänke im öffentlichen Raum.

Herr Möller ergänzt, dass die Zuständigkeit für die Unterhaltung von Bänken beim ASV liege und das ASV hierfür den UBB beauftragt habe.

Auf Nachfrage von Herr Möller erwidert Frau Reiche, dass das ASV möglicherweise die Unterhaltung übernehmen könne, wenn die Finanzierung für die Anschaffung und Anbringung geklärt sei. Ein neuer Vertrag, bezogen auf Sitzbänke, werde derzeit mit dem UBB ausgehandelt.

TOP 4: Kreuzung an der Kurt-Schumacher-Allee

Herr Sauter berichtet von der Demonstration an der Kreuzung am vergangenen Freitag: Es sei für die Schüler*innen ein überraschendes und interessantes Erlebnis gewesen, wahrzunehmen, wie groß der Raum ohne den motorisierten Verkehr sein könne und wie der Raum anders funktionieren und gestaltet werden könnte. Der motorisierte Individualverkehr sei Teil des öffentlichen Raums, aber in diesem Bereich unverhältnismäßig gestaltet und gefährlich. Häufig seien Verkehrsunfälle an der Kreuzung zu verzeichnen; überwiegend betroffen seien ältere Menschen. Viele Verkehrsteilnehmer*innen hielten sich nicht an die Verkehrsregeln. Der Haltestellenbereich sei viel zu eng. Und er könne nicht nachvollziehen, warum keine Vorschaltampel installiert werde. Es sei eine bewusste Gefährdung von Menschen.

Herr Dr. Haga ergänzt, dass dieser Kreuzungsbereich einer der gravierendsten Unfallschwerpunkte in Bremen sei. Daher sei es unverständlich, dass diesbezüglich von Seiten der Behörde nichts passiere.

Wie Frau Reiche erklärt, seien vom ASV bereits einige Verbesserungsmaßnahmen umgesetzt worden. Gemäß der BSAG werde es noch dauern, bis eine Verbreiterung der Furt vorgenommen werde.

TOP 5: Grundwasserverunreinigungen in der Vahr

Herr Bethke teilt Folgendes zu den Grundwasserverunreinigungen für die Informationsgebiete 1.0023 und 1.0041 mit:⁵

- Die Grundwasserverunreinigung sei mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ein Ausläufer einer südlich angrenzenden Grundwasserverunreinigung (1.0012) im Stadtteil Hastedt.
- Seit der letzten Anwohnerinformation 2016 sei ein regelmäßiges Grundwassermonitoring durchgeführt worden; dieses habe auch Untersuchungen zur Quellensuche umfasst. Eine definitive Schadensquelle und damit ein sinnvoller Ansatzpunkt für gezielte Sanierungsmaßnahmen habe nicht identifiziert werden können.
- Die Ausdehnung der Grundwasserverunreinigung sei in den letzten Jahren weitgehend stabil gewesen. Die Grundwasserqualität in dem Gebiet werde auch weiterhin überwacht. Sollte sich die Ausdehnung der Verunreinigung ändern, würden die betroffenen Anwohner*innen darüber informiert.
- Da die Verunreinigung im Bereich 1.0023 sehr alt sei, lasse diese mittlerweile – im Vergleich zu den ersten Untersuchungen – nach. Es bestehe jedoch noch die Empfehlung, das Trinkwasser nicht zu nutzen. Die Natur werde die Verunreinigung weiter abbauen, dies dauere aber sicher noch ca. fünf bis zehn Jahre, könne aber nicht genau beziffert werden.

Zu dem Informationsgebiet 1.0041 fügt Herr Bethke Folgendes hinzu:

- Die Quelle sei identifiziert worden – es handele sich um einen Betrieb einer ehemaligen chemischen Reinigung in der Vahrer Straße. Eine Reinigung werde dort nicht mehr betrieben – es gebe dort auch kein Gewerbe mehr, von dem eine Gefahr einer Grundwasserverunreinigung ausgehe.
- In den 1980er/ 1990er Jahren seien Schadstoffe in den Boden gelangt, da Lösemittel nicht fachgerecht entsorgt worden seien.
- Eine Bodensanierung des verunreinigten Bereiches sei erfolgt. Im Nahbereich der ehemaligen Quelle seien noch deutlich erhöhte Schadstoffgehalte im Grundwasser feststellbar. Zurzeit würden Untersuchungen mit Pumpversuchen vorgenommen, um die Mobilität und Emission dieser Restverunreinigung bewerten zu können. Danach werde über die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen entschieden.
- Bei einer Pumpsanierung werde Wasser entnommen, gereinigt und wieder eingeleitet. Ein solches Verfahren funktioniere gut, wenn die Verunreinigung noch nicht sehr alt sei. Dennoch dauere eine Verbesserung viele Jahre und werde vorerst nicht komplett behoben.

Auf Nachfragen antwortet Herr Bethke, dass

- eine regelmäßige Information der Anwohner*innen über Hauswurfsendungen nicht möglich sei, da es eine Vielzahl an großen Gebieten in Bremen gebe. Es werde jedoch über die örtliche Presse und über das Internet informiert;
- die Verunreinigungen wenig in Pflanzen angereichert seien und nur ein direkter und regelmäßiger Kontakt gesundheitsschädigend sei. Ab bestimmten Grenzwerten werde empfohlen, verunreinigtes Wasser nicht zu nutzen;
- die Abgrenzungen der Gebiete nicht präzise erfolgen könnten. Im Zuge des Grundwassermonitorings würden die Brunnen ein- bis zweimal jährlich beprobt. Würden an einem Brunnen Verunreinigungen festgestellt und an dem nächstgelegenen nicht, werde die Grenze zwischen diesen beiden Brunnen festgelegt. Die Uralt-Schäden breiteten sich sehr langsam aus, meist nur einige cm pro Jahr. Bei einer umfangreicheren Ausdehnung

⁵ Eine Übersicht der Grundwasserverunreinigungen in der Vahr kann abgerufen werden unter [Bodenschutzinformationen](#).

- erfolge eine entsprechende Anwohner*innen-Information;
- die Verunreinigungen durch Niederschläge verdünnt würden. Der Abbau hänge jedoch mehr von den Bedingungen im Untergrund ab. Einige Schadstoffe würden besser durch Sauerstoff abgebaut, andere wiederum besser ohne Sauerstoffzufuhr;
 - Auswirkungen auf das Baugebiet der sogenannten Pferdewiese darin bestünden, dass die Anwohner*innen das Grundwasser nicht nutzen sollten. Eine Grundwasserabsenkung sei möglich, aber verursache höhere Kosten.

TOP 6: Verschiedenes

Herr Siegel weist auf noch offene Punkte hin, darunter einige Vorschläge der Polizei:

- Legalisierung des Parkens in den Wendehammern verschiedener Straßen.
- Zurzeit sei an den Zugängen zur Vahr laut Beschilderung das Parken zwischen 22:00 und 6:00 Uhr für eine Stunde gestattet. Von Seiten der Behörde sei vorgeschlagen worden, die Beschilderung zu entfernen, da keine Kontrolle erfolgen könne, ob Lkw länger als eine Stunde dort parkten.
- Mehrere Punkte in der Julius-Leber-Straße, z.B. eine beparkte Bordsteinabsenkung.
- Entsiegelung der Fläche an der Einmündung August-Bebel-Allee/ Otto-Braun-Straße (siehe TOP 3).

Er schlägt vor, diese Bereiche mit Fraktionsmitgliedern und ggfs. der Polizei im Rahmen eines Ortstermins zu besichtigen.

Herr Saake regt stattdessen an, eine Fachausschusssitzung als Fahrradtour durchzuführen, wobei diese möglichst nicht bei Dunkelheit stattfinden solle.

Herr Dr. Haga unterbreitet den Vorschlag, eine Vertretung des E-Scooter-Anbieters Tier in eine Sitzung einzuladen, um gemeinsam Abstell-/Halteverbotszonen für E-Scooter zu erörtern bzw. festzulegen. In einem anderen Beirat habe sich dieses Vorgehen als sehr wirkungsvoll erwiesen.

Nächste Sitzung des Fachausschusses „Bau, Verkehr und Umwelt“: **Dienstag, 22.11.2022, 18:00 Uhr.**

Sprecher

Vorsitz

Protokoll

Dr. Haga

Möller

Auras